Ist Donald Trumps „America First“-Kurs ein Rückzug in den Isolationismus oder der Beginn einer aggressiven neuen Globalisierungswelle? Der Publizist, Philosoph und langjährige Gastautor der *NachDenkSeiten* **Werner Rügemer** analysiert im Gespräch mit **Éva Péli**, wie die USA unter dem Einfluss einer neuen Oligarchen-Generation weltweit nach Territorien und Ressourcen greifen. Er zeichnet das Bild eines „Raubtierkapitalismus“, der keine moralischen Masken mehr braucht und Europa zunehmend in eine gefährliche Abhängigkeit drängt.

*Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.*

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/260206_America_First_Trumps_verzweifelter_Anlauf_zur_neuen_Weltherrschaft_NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

**Éva Péli: Viele Beobachter interpretieren die Politik Donald Trumps als Rückzug der Vereinigten Staaten von Amerika in den „Isolationismus“ oder zumindest auf den traditionellen Hinterhof Lateinamerika. Sie aber sagen: Mit Trump rolle eine neue Globalisierungswelle. Warum?**

**Werner Rügemer:** Trump bezieht sich in seiner „Nationalen Sicherheitsstrategie“ vom Dezember 2025 auf die Monroe-Doktrin. Sie stammt von 1823, als der US-Gründungsstaat noch am Anfang seiner weiteren Expansion stand, in Nordamerika, und die europäischen Kolonialmächte raushalten beziehungsweise vertreiben wollte. Aber das Monroe-Prinzip besagt: Aus allen neu zu erobernden Gebieten müssen alle Feinde und Konkurrenten vertrieben werden!

1918, noch im letzten Jahr des Ersten Weltkriegs, organisierten die USA gemeinsam mit ihren europäischen Alliierten – und in einer pragmatischen Allianz sogar mit dem befeindeten Deutschland – die militärische Intervention in Russland. Ziel dieser Invasion war es, die junge sozialistische Regierung unter Wladimir I. Lenin gewaltsam zu vertreiben und die alte Ordnung oder ein genehmes Regime zu restaurieren.

Obwohl dieser massive Versuch der Konterrevolution damals am Widerstand der Bevölkerung scheiterte, markiert er den Beginn einer Interventionspolitik, die im Kern bis heute anhält. Bekannte US-Präsidenten wie Theodore und Franklin D. Roosevelt, Harry S. Truman, Dwight D. Eisenhower, Richard Nixon, George H. W. und George W. Bush, Barack Obama sowie Joseph Biden setzten diese Expansionspraktiken fort – offen und geheim, mit

professioneller *fake production* [Anm. Red.: systematische, industrielle Herstellung von Scheinrealitäten]. Das macht auch Trump, national, global, situationsbedingt auch in neuen Formen.

**Der Politologe Erhard Crome hat nach der Neuwahl Trumps im Jahr 2024 festgestellt, dass mit den Multimillionären und Milliardären in dessen Regierung „praktisch die Feudalisierung des Spätkapitalismus begonnen hat“: „Die Oligarchen lassen nicht mehr die sogenannte politische Klasse für sich regieren, sondern regieren selbst.“ Was spricht dafür oder dagegen?**

Das zeugt von historischer Unkenntnis. Aber richtig ist zunächst: Die vorherige Oligarchen-Generation, die bisher dominierenden Globalisten – also etwa die bekannten Silicon-Valley-Konzerne Amazon, Microsoft, Facebook sowie deren Branchenumfeld, die Rüstungs- und Chemiekonzerne und deren führende Aktionärsgruppen mit BlackRock, Vanguard, State Street und ähnliche Investmentgesellschaften – haben vor allem die Demokratische Partei finanziert und für sich regieren lassen. US-Präsidenten waren dann die Absolventen der privaten Elite-Universitäten, also etwa William Clinton (Georgetown University) und Barack Obama (Harvard University): Sie konnten gut reden, hielten die Löhne niedrig, senkten die Gewinnsteuern, lagerten die Industrie in Niedriglohnstaaten aus und verarmten die Mehrheit – also das, was man „Globalisierung“ nennt.

Dagegen haben sich in den USA schrittweise neue, jüngere und aggressivere Kapitalisten nach vorne geschoben, so der akademisch ungebildete Donald Trump, Immobilienspekulant und vergleichsweise armer Einfach-Milliardär. Damit ist ein Kapitalist direkt Regierungschef, das ist richtig. Das war deshalb möglich, weil die korrupten Akademiker-Präsidenten die Verarmung der Mehrheitsbevölkerung, auch vieler Weißer, mitorganisiert haben. Da konnte der Demagoge Trump sehr gut ansetzen! Und etwa die Hälfte seiner Minister und Berater sind ebenfalls solche Klein-Oligarchen mit einem Vermögen von nur wenigen Milliarden US-Dollar: Das ist nur ein Hundertstel oder ein Zehntel gegenüber den Groß-Oligarchen wie Bill Gates und vergleichbaren Multimilliardären.

Aber so grundsätzlich neu ist das nicht. Auch die Republikanische Partei Trumps wird, neben der Demokratischen Partei, immer gleichzeitig auch von den Silicon-Valley-Konzernen, von BlackRock und weiteren Finanzakteuren mitfinanziert. Und beide Parteien in Washington werden seit Jahrzehnten ohnehin von den zwei reichen Israel-Lobbyorganisationen finanziert: Die AIPAC (*American Israel Public Affairs Committee*) finanziert die Demokratische Partei, der RJC (*Republican Jewish Coalition*) finanziert die Republikanische Partei. Ohne diese Kapitalmilliarden gäbe es auch Trumps Partei überhaupt nicht. Trump ersetzt lediglich die alte Korruption durch eine neue Korruption.

**Aber haben denn vor Trump auch schon Kapitalisten direkt regiert?**

Natürlich. Die meisten Präsidenten bis zum Bürgerkrieg waren Sklavenhalter. Wenn es geopolitisch entscheidend wird, wie es derzeit wieder der Fall ist, bestimmen Oligarchen direkt. In meinem Buch „Verhängnisvolle Freundschaft“ habe ich das dokumentiert.

Ein Beispiel: Woodrow Wilson erklärte vor dem Ersten Weltkrieg: „Bei Gott: Die USA werden immer neutral bleiben!“ Tatsächlich aber traten die Wall Street und führende Industriekonzerne bereits 1914, am ersten Tag, faktisch in den Krieg ein. Sie belieferten die Alliierten und gaben ihnen Kredite – bis sie 1917 jemanden brauchten, der die Rückzahlung dieser Kredite garantierte. Das Bankhaus J.P. Morgan, der Konzern US Steel und weitere Schwergewichte des Kapitals zwangen Wilson 1917 zur Wende: Die Vereinigten Staaten müssten militärisch in den Krieg eintreten, hieß es nun. Man brauchte einen Verlierer, einen Schuldigen und vor allem einen Zahler. Wilson machte sofort kehrt, berief sich wieder auf Gott und schickte das Militär nach Europa.

Ähnlich verhielt es sich unter Franklin D. Roosevelt: In den 1930er-Jahren ließ er mit seiner Demokraten-Mehrheit zwar drei Neutralitätsgesetze beschließen – doch gleichzeitig rüsteten die Wall Street und verbundene US-Konzerne den italienischen Diktator Benito Mussolini auf, ab 1936 auch für den völkermörderischen Abessinien-Krieg, und belieferten den Putschisten Francisco Franco [in Spanien – Anm. d. Red.]: Als der die Republik besiegt hatte, erkannte Roosevelt sofort die faschistische Regierung an. Ähnlich war es mit Adolf Hitler: Dessen Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion wurde von Kreisen der Wall Street heimlich mitfinanziert, oft direkt gegen die offizielle Politik der Roosevelt-Regierung, und das bis 1945. Die von Crome als neu ausgegebene „Feudalisierung“ ist also für die Geschichte der Vereinigten Staaten keineswegs neu.

**Sie haben in Berlin über „Das gefährliche Endspiel des US-geführten Kapitalismus“ referiert. Warum ist gerade jetzt der Punkt erreicht, an dem das System seine moralische Maske fallen lassen muss, um als roher „Raubtierkapitalismus“ zu agieren?**

Der US-amerikanische Kapitalismus ist seit seiner Gründung ein Raubtierkapitalismus, aber immer auch mit netteren Varianten. Das gilt national wie global. Sie haben mit Enteignung, Vertreibung und Völkermord ihr Staatsgebiet erweitert. Die Vereinigten Staaten wurden als Sklavenstaat gegründet und haben bis zum Bürgerkrieg die Sklavenarbeit verdreifacht. Seit der Abschaffung der bisherigen Sklavenarbeit erfinden die US-Kapitalisten ständig neue Sklavenarbeit, bis heute – national mit den Millionen illegalen Migranten, aber vor allem global, zuerst in Lateinamerika, dann in der „Fabrik Asien“ und neuerdings in der „Fabrik

Afrika“.

Viele Dutzend Millionen moderne Sklavenarbeiter, mehrheitlich junge Frauen, montieren zum Beispiel alle iPhones und die sonstigen Geräte von Apple und vergleichbaren Konzernen. Allein Apple hat Zehntausende Zulieferer auf allen Kontinenten mit Millionen Ausgebeuteten, die im US-geführten Westen unsichtbar gemacht werden. Ein bisschen ist das für die Textilindustrie bekannt, aber es gilt in viel größerem Umfang für die Digital-, Nahrungsmittel- und Chemiekonzerne, auch für die Elektromobilität, für Millionen vertragslose *Gig-Worker* der Plattformkonzerne wie Uber [Anm. d. Red.: Ein Gig-Worker hat keine Festanstellung, sondern erledigt einzelne, kurzfristige Aufträge, sogenannte Gigs, die meist über digitale Plattformen vermittelt werden], auch für die untergeordneten, stressigen Software-Vorarbeiten der „sozialen Medien“ und für die „Künstliche Intelligenz“.

Die Sklavenhalter in den ersten sieben Jahrzehnten haben ihre Sklaven vergleichsweise gut behandelt, sodass sie mit ihren Familien möglichst lange lebten, damit keine neuen Sklaven gekauft werden mussten – dagegen werden die jungen indischen Frauen, die in Indien die Apple-iPhones montieren, in Massenunterkünften zusammengepfercht und nach einigen Jahren krank ausgetauscht, gegen neues „Frauenmaterial“ aus den ärmsten Regionen!

Raubtierkapitalismus, das ist doch bekannt: Rohstoffe aus anderen Staaten rauben, wie etwa jahrzehntelang das Öl aus Venezuela! Und auf allen Kontinenten Diktatoren einsetzen oder auch die US-geführte Weltbank nutzen, um günstig an Sklavenarbeit, Kupfer und Erze zu kommen – das sind normale US-Praktiken. Dafür wird auch nebenbei mal ein Völkermord in Kauf genommen, zuerst in den USA selbst, während man gleichzeitig an Rüstungslieferungen verdient wie bei der Belieferung der Hitler-Wehrmacht und beim Völkermord in Palästina: Das gehört zu den „Genen“ des US-geführten Kapitalismus.

Das Besondere mit den verzweifelt um sich schlagenden Trumpisten und ihrer zionistischen Endzeit-Ideologie ist aber: Der US-geführte Kapitalismus ist längst im Abstieg und der übergroße „Rest“ der Menschheit organisiert sich neu, tendenziell gegen die Vereinigten Staaten. Mit den Trumpisten werden auch die US-Amerikaner noch ärmer und kränker und leisten allmählich Widerstand. Deshalb gehen die Trumpisten auch im eigenen Land selbst brutal vor, gegen die eigene Bevölkerung wie jetzt in Minnesota, wo die vermummt eingreifende, zentrale US-Polizei Protestierende erschießt.

**Sie weisen darauf hin, dass die traditionellen Großbanken zunehmend von einer neuen Generation von Finanzgiganten abgelöst wurden. Welche Rolle spielen in diesem Machtgefüge BlackRock, Vanguard und die Private-Equity-Investoren, also jene aggressiven Finanzakteure, die Unternehmen zur schnellen Wertsteigerung**

**übernehmen und oft zerschlagen?**

Mit den Deregulierungen unter dem demokratischen Präsidenten William Clinton in den 1990er-Jahren kamen neue Kapitalisten hoch: Hedgefonds, Private-Equity-Investoren und die ganz Großen wie BlackRock, Vanguard, State Street, Capital Group, Wellington und Fidelity. Sie sind heute die führenden Aktionärsgruppen der Großbanken, an der Wall Street wie in Europa, und in allen wichtigen Branchen: Digitalwirtschaft, Energie, Automobilindustrie, Chemie, Pharma, Immobilien – und die Rüstungsindustrie sowieso.

Etwas später, wie schon erwähnt, stiegen noch aggressivere Kapitalisten auf, also Typen wie Donald Trump (Immobilien, Golfplätze, Medien), Elon Musk (Tesla, Starlink, *X* – vormals *Twitter*), Peter Thiel (PayPal), Steve Witkoff (Immobilien), Howard Lutnick (Critical Metals), Marc Andreessen (KoBold Metals) und Alex Karp (Gesichtserkennung). Sie sind im Unterschied zu den global aktiven Oligarchen etwa des Silicon Valley bisher vorwiegend im eigenen Land präsent – wollen aber mit aller Macht jetzt auch global expandieren, mithilfe der Regierung in Washington und dem sowieso global schon präsenten US-Militär.

**Gilt dieser aggressive Expansionsdrang auch für die Rohstoffvorkommen in Lateinamerika, etwa beim Öl in Venezuela?**

Genau das sehen wir dort. Der Staatschef Nicolás Maduro wurde gekidnappt, aber da wissen die Trumpisten noch nicht, wie das Öl profitabel zu verwerten ist: Die großen Ölkonzerne wie ExxonMobil zögern noch wegen der politischen Unsicherheit.

Aber das größte globale Investitionsprojekt der Trumpisten ist erst einmal der Nahe Osten. Ihr auch ideologisch eng verbundener Stellvertreterkrieger ist der heute am extremsten rechts und rassistisch regierte Staat Israel: Er enteignet, vertreibt, verhaftet und tötet seit Jahrzehnten die Palästinenser, nicht nur im Gazastreifen, sondern auch in der Westbank: Mit Völkermord und Friedensgelaber soll Gaza die „Riviera des Nahen Ostens“ werden, so Trump. Gleichzeitig schießt Israel mit US-Waffen aus den USA und Europa die Nachbarstaaten Libanon und Syrien zurecht: Hier sollen nicht nur Investoren aus den USA, sondern auch die Golfstaaten investieren. Für die politische und Rechtssicherheit in Syrien sorgt die Regierung unter dem ehemaligen Terroristen al-Sharaa, auf den kurz vorher die USA noch ein Kopfgeld von zehn Millionen Dollar ausgesetzt hatten.

Währenddessen investieren die Golfstaaten wie Saudi-Arabien zusätzlich in den USA, und die Trump-Kapitalisten investieren noch mehr in den Golfstaaten, nicht mehr nur wie bisher in Militärstützpunkte, Golfplätze und Hotels, sondern auch in Infrastruktur und Produktion. Die gewaltsamen Regimewechsel im Jemen und vor allem im Iran sind weiterhin fester

Bestandteil der strategischen Planung Washingtons.

**Aber wo bleiben da BlackRock und die anderen großen Finanzmarktakteure?**

Die halten sich wie immer öffentlich zurück. Aber BlackRock war schon unter dem Trump-Vorgänger Joseph Biden Koordinator des „Wiederaufbaus“ der Ukraine – und ist das jetzt auch unter Trump: Bisher sind für die Ukraine 800 Milliarden Euro an Investitionen geplant, für Bergbau, Infrastruktur, Energie, die Rüstungsindustrie und Künstliche Intelligenz. BlackRock hat bereits während der ersten Präsidentschaft Trumps eine Filiale in Tel Aviv gegründet und verwaltet Vermögen dortiger Kriegsgewinnler und ist, wie es auch für die Ukraine gilt, an den führenden US-Rüstungslieferanten beteiligt.

BlackRock und vergleichbare Investmentgesellschaften sind mit der Demokratischen Partei groß geworden. Aber nach Trumps letztem Wahlsieg sind sie endgültig zu ihm übergelaufen; BlackRock stieg beispielsweise aus der bisherigen Umwelt-Allianz aus. BlackRock-Chef Laurence Fink stieg im letzten Jahr auch zum Chef des Weltwirtschaftsforums (WEF) in Davos auf und hat den europäischen Gründer Klaus Schwab verdrängt. Fink klopfte jetzt am 21. Januar 2026 in Davos Trump auf die Schulter, geleitete ihn zum Rednerpult und ließ ihn seine (und BlackRocks) neue Weltordnung verkünden.

**Sie haben über „Public Private Partnership“ (PPP) geschrieben – also jene Partnerschaften zwischen Staat und Privatwirtschaft, bei denen öffentliche Aufgaben an Investoren übertragen werden. Sehen wir bei den Ansprüchen der USA auf den Panamakanal oder Grönland nun eine Art „Global-PPP“, bei der ganze staatliche Territorien wie private Firmen-Vermögenswerte behandelt und nach den Profitinteressen von Konzernen restrukturiert werden?**

Absolut. Public Private Partnership (PPP) gehört zu den vermeintlich „zivilen“ Praktiken: Es sind umfangreiche Verträge zwischen Investoren und dem Staat mit Laufzeiten von bis zu 30 Jahren. Die Gewinne der Investoren sind rechtlich gesichert. Neben seinen militärischen Zugriffen setzt Trump auch solche Praktiken ein. So hat er sich mithilfe von BlackRock einen sehnlichen Wunsch erfüllt: Wir wollen unseren Panamakanal wiederhaben! BlackRock schaffte es, die zwei Häfen des Kanals dem bisherigen Eigentümer aus Hongkong abzukaufen.

Der Panamakanal ist ein Beispiel für diese „flexible“ Praxis: Zuerst setzte sich Ende des 19. Jahrhunderts in diesem Teil Kolumbiens ein privater Bahnkonzern aus den Vereinigten Staaten fest. Dann brauchten die US-Amerikaner die Landenge für einen Kanal, um maritim

in Richtung Asien zu expandieren. Da aber Kolumbien den Bedingungen aus Washington für den Bau des Kanals nicht zustimmte, marschierte das Militär ein. Die Vereinigten Staaten gründeten 1903 den Separatstaat Panama und bauten den Kanal, der bis 1999 ihr Eigentum blieb. So wird Militär mit Zivil kombiniert – so, wie es jetzt mit Venezuela versucht wird.

Ein weiteres Beispiel ist Puerto Rico: Das Land wurde vor über einem Jahrhundert von den Vereinigten Staaten erobert und erhielt einen großen Militärstützpunkt, der jetzt gegen Venezuela genutzt wurde. Aber Puerto Rico ist weder ein eigenständiger Staat noch ein Bundesstaat der USA, sondern wird von „der Supermacht“ besetzt und verwaltet. Das Territorium wird von US-Konzernen als Sonderwirtschaftszone genutzt, mit Niedrigstlöhnen und steuerfreien Gewinnen. Übrigens: Puerto Rico wäre doch ein nettes Vorbild für Grönland, oder?

Oft geht die Nutzung fremder Territorien nur mit Gewalt: Die USA haben nach dem Zweiten Weltkrieg von Inseln im Indopazifik die Bevölkerungen zwangsdeportiert, dort Atomversuche gemacht und die Inseln sowie die Umgebung verseucht verlassen. Zu dem US-Imperium gehören heute 13 rund um die Erde sogenannte „nicht inkorporierte“ Territorien. Auf ihnen herrscht, selbst wenn sie mitten in einem anderen Staat liegen, nur das Recht der USA, inklusive dem Recht auf den Betrieb von Foltergefängnissen, Industrieansiedlung, Militärstützpunkten und Umweltzerstörung – wie etwa in Guantanamo auf Kuba, in Guam, Samoa, auf den Marianen oder den Virgin Islands (Jungferninseln).

**Ist der erklärte Anspruch der USA auf Grönland ein Symptom für eine neue imperialistische „Realpolitik“, bei der ohne jede Werte- und Moralverkleidung nationale Souveränität – auch die der Partner in der Europäischen Union – schlicht als lästiges Hindernis für Investoreninteressen behandelt wird?**

Grönland befindet sich bereits seit 1941 unter US-Kontrolle. Während des Zweiten Weltkriegs errichteten die US-Amerikaner dort den Militärstützpunkt Thule (heute Pituffik), der als strategischer Außenposten gegen die Sowjetunion und zur Überwachung der Arktis massiv ausgebaut wurde. 1979 erkämpften die Einwohner Grönlands per Volksabstimmung das Recht auf eine eigene Regierung, wenngleich die übergeordnete „Sicherheitspolitik“ weiterhin in Kopenhagen verblieb.

Als die grönländische Regierung später versuchte, die koloniale Unterentwicklung zu überwinden, suchte sie Investoren für die Infrastruktur – Straßen, zivile Flugplätze, Fabriken und Tourismus. Da westliche Investoren ausblieben, fanden sich Unternehmen aus China, die bereit waren, langfristig zu investieren, ohne sofortige Höchstgewinne einzufordern. Die Verträge waren bereits unterschriftsreif, als die US-Regierung

intervenierte und Druck auf Dänemark ausübte: Die Verträge mit China müssten gestoppt werden, da die nationale Sicherheit der USA bedroht sei. Die dänische Regierung beugte sich diesem Diktat aus Washington umgehend. Damit wurde die Souveränität Grönlands zugunsten der geopolitischen Interessen der transatlantischen Führungsmacht geopfert.

Anstelle der chinesischen Investoren rücken nun die profitorientierten Trumpisten vor. Faktisch ist eine Invasion Grönlands gar nicht mehr nötig – die „bedeutendste Weltordnungsmacht“ ist durch ihre militärische und ökonomische Vorherrschaft längst präsent. Es bleibt abzuwarten, ob die EU die grönländische Regierung bei ihrem bereits erklärten Widerstand unterstützen wird oder ob man die Insel endgültig den strategischen Interessen des US-Imperiums überlässt.

**Washington diktiert der EU derzeit massiv die Bedingungen bei KI-Standards, Chips und Energiepreisen. Vor dem Hintergrund der BlackRock-Vergangenheit von Kanzler Friedrich Merz gefragt: Wird die Europäische Union hier endgültig zur digitalen Kolonie degradiert?**

Die Europäische Union als Kapitalbürokratie wurde seit ihrer Gründung wesentlich von den Vereinigten Staaten von Amerika gestaltet. Das habe ich in meinem Buch „Imperium EU“ dokumentiert. Die Europäische Union wurde nach 1990 zudem noch direkter der NATO untergeordnet: Im Zuge der Osterweiterung mussten die Beitrittskandidaten erst dem Militärbündnis beitreten, bevor sie in die Europäische Union aufgenommen wurden. Länder wie Nordmazedonien und Albanien sind heute bereits Teil des Militärbündnisses, aber noch nicht Teil der Europäischen Union.

Die US-amerikanischen Digitalkonzerne genießen in der Europäischen Union traditionell besondere Freiheiten: Sie zahlen fast keine Steuern, weil sie die Finanzoasen Irland, Luxemburg und die Niederlande nutzen. Sie verwenden für ihre hier verkauften Produkte und Dienste ihre globalen Ketten der modernen Sklavenarbeit – da greift kein Lieferkettengesetz der Europäischen Union. Sie erfassen die Daten aller Nutzer, auch der Staaten und Unternehmen, und liefern sie aufgrund des *US PATRIOT Act* an die Behörden in Washington.

Der deutsche Regierungschef Friedrich Merz hat diese Abhängigkeit mitorganisiert – als Vorsitzender der Atlantik-Brücke, als Anwalt in der Wirtschaftskanzlei Mayer Brown aus den USA und schließlich als hochbezahlter Angestellter von BlackRock. Diese Investmentgesellschaft holt sich in allen wichtigen Staaten Europas, auch in der Schweiz, Politiker wie Merz sowie Bank- und Konzernchefs und setzt sie als Lobbyisten ein. Jetzt errichten Apple, Amazon, Microsoft und vergleichbare Großkonzerne auch in Deutschland

neue Datenzentren, mit massiven staatlichen Subventionen für die Infrastruktur, für Leitungen und Energie.

Dazu kommt: BlackRock und verbundene Investmentgesellschaften haben sich zur größten Aktionärsgruppe im „deutschen“ Rüstungskonzern Rheinmetall gemacht – der Anteil von BlackRock liegt derzeit bei über sieben Prozent. Der Aktienwert ist mit dem Ukraine-Krieg explodiert: Die Gewinne fließen in die USA, und dort fallen auch die strategischen Entscheidungen. Merz hat zudem die Wünsche von Trump nach einer Verdopplung des Rüstungsbudgets bereits erfüllt und akzeptiert klaglos die Zölle auf Automobile, Aluminium und Stahl aus Deutschland und der Europäischen Union.

Das Fazit ist eindeutig: Wenn wir Neutralität, echte Souveränität, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie soziale Sicherheit und Wohlstand in Deutschland und Europa zurückgewinnen wollen, brauchen wir einen radikalen Kurswechsel und einen neuen, breiten gesellschaftlichen Ansatz.

Ein wesentlicher Teil dieser Befreiung besteht in der systematischen Neubewertung der Beziehungsgeschichte zwischen den Vereinigten Staaten und Europa. Wir müssen die Analyse vorantreiben, wie Deutschland und der Kontinent Schritt für Schritt in diese schädliche und mittlerweile höchst gefährliche Abhängigkeit von den USA geraten sind. Es ist Zeit, die vorherrschenden transatlantischen Mythen und Lügen durch eine nüchterne Untersuchung der realen Machtverhältnisse zu ersetzen.

Titelbild: Sven Teschke/Wikicommons CC BY-SA 3.0 de